

Die Völkische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 467

Jahrgang 212

Beylagspreis: für Heftige und auswärtsige Bezugs monatlich RM. 2,00, vierteljährlich RM. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zugunlich postal. Bezugslo. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigepreis:** Die 1. Spalte 30 mm breit (aus-der-Spalte 21. Die 2. Spalte 30 mm breit (aus-der-Spalte 60. Datum nach dem Carl. Verlagsamt Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

- * Staatsminister a. D. Helfferich hielt gestern vor dem Reichsnationalen Volksverein in Halle einen aufsehenerregenden Vortrag über die Reichsfinanzpolitik unter Erörterung der glänzenden Aufnahme fand.
- * Holland soll innerhalb 14 Tagen eine Aufforderung zur Auslieferung Kaiser Wilhelm's erteilen.
- * Die australische Volksvertretung hat den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag ratifiziert.
- * In England sind 50000 Metallarbeiter in den Streik getreten.
- * Der Chef von Transsylvanien, Maniu, ist beauftragt worden, ein neues rumänisches Kabinett zu bilden.

Die Auslieferung des Kaisers

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)
Brüssel, 21. September.
Die Zeitung „Libre Belgique“ meldet, daß der Gesandte der Niederlande in Paris davon in Kenntnis gesetzt worden ist, daß Holland innerhalb 14 Tagen eine Aufforderung zur Auslieferung Kaiser Wilhelm's erteilen wird.

Die Meinung über d'Annunzio

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)
Lugano, 21. September.
In den maßgebenden Zeitungen von Oberitalien gibt sich heute ein bemerkenswerter Umschwung kund, veranlaßt durch eine Äußerung d'Annunzio's, der vertrieben wird und unversichert auf Empörung gegen die Regierung aufsteht. Dieser Ruf hat bereits die Wirkung ausgeübt, daß zahlreiche aktive Offiziere sich bereit erklärt haben, dem Ruf des Diktators zu folgen, u. a. der Marineoffizier Flaga, der während des Krieges durch Schweben im ganzen Lande mißbilligt geworden ist. „Corriere della Sera“ hebt besonders die Sendung d'Annunzio's hervor und sagt weiter, daß Italien die Herrin der Welt sein wüßte, wenn seine Sendung sofort beschleunigt wie die Verträge, wenn beschleunigt. Das Blatt sagt dazu, daß Land habe nicht die Weltmacht sein, sondern die Weltmacht werden. Die militärischen Verbürungen bräutet über Italien fortgesetzt. „Gazzetta“ spricht von dem Geistes d'Annunzio und wirft ihm vor, daß er in dem Augenblick, in dem Italien den Frieden wünscht, neue Pläne über das Land bringt. Hierbei wird gesagt, daß ein italienischer Oberst nach Italienstand einen französischen Aufbruch gegen Serbien zu organisieren verstände, um die Bildung Jugoslawiens zu verhindern.

Kabinettskrise in Rumänien

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)
Bukarest, 21. September.
Nach Meldungen aus Bukarest hat der König den Chef der Regierung von Transsylvanien, Maniu, erludt ein neues Kabinett zu bilden. Maniu habe erklärt, daß er den österreichischen Friedensvertrag in dieser Form nicht unterzeichnen könne.

Schuldbekennnisse aus Wien

Veröffentlichung österreichischer Aktien.
Unter dem Titel „Das Wiener Kabinett und die Aufhebung des Weltkrieges“ hat Dr. Rudolph Goss mit Ermächtigung des Leiters des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Neuvers auf Wunsch alleramtlicher Förderung eine Historie der Arbeit publiziert, welche jetzt erschienen ist. Sie gibt eine genaue Darstellung des Zustand des Wiener Kabinetts von dem Zeitpunkt der Aufhebung des Weltkrieges bis zum Zeitpunkt der Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland. Aus den veröffentlichten Aufzeichnungen geht hervor, daß das österreichische kaiserliche Kabinettsamt der Entschloßung für die abschließende Haltung der deutschen Regierung gegenüber den österreichischen Vermittlungsvorschlägen schwebende materielle Strömung enthält. Es wird festgestellt, daß der angeführte Kabinettsamt am 5. Juli 1914 in Vorbereitung einer Sitzung des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten in Wien am 7. Juli war. Nach dem Bruchfall über diese Sitzung (das war in der Sonntag-Ausgabe veröffentlicht) einigten sich alle Anwesenden mit Ausnahme des österreichischen Ministerpräsidenten auf den Standpunkt, daß ein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer gewissen Demütigung Serbiens endigen würde, vorzuziehen wäre, und daß daher die weitestgehenden Forderungen an Serbien erfüllt werden müßten, daß eine Erklärung voranzuführen ließen. In einer tabellarischen Bilanz im Wege militärischen Gesichtens angeordnet wurde.
Aus den Veröffentlichungen geht weiter hervor, daß das Wiener Kabinett ohne Kenntnis des österreichischen

österreich-ungarischen Kates an Serbien erstatten ist und an ihrer Abfertigung keinen Anteil hatte, sowie daß die finanzielle Verantwortung von Wiener Kabinett nach Berlin übernahm nicht mitgeteilt wurde. Das wiederum wird allemal nachgewiesen, daß der englische Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli eine dringliche und nachdrückliche Forderung durch die deutsche Regierung gefunden hat. Herr von Tschirschky war beauftragt, an die noch Wien verweilenden Serben den Serben die deutsche Forderung zu übermitteln. Das deutsche Kabinett mußte es dringlich und nachdrücklich der Ermüdung der I. I. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den gegebenen Umständen abzuweisen. Es wäre für Österreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer abgelehnten Vermittlung zu tragen.
Als ebenso unentbehrbar bezeichnet aber die Arbeit die weitestgehende, daß der weitestgehende Forderungen infolge der historischen und unvollständigen Behandlung seitens des Wiener Kabinetts keine Aufnahme gefunden hat.

Aus den veröffentlichten Dokumenten über die Vorgeschichte des Krieges ist hervorzuheben, daß der französische Botschafter in Wien am 22. Juli 1914 im Auswärtigen Amt und schließlich in den Händen der deutschen Botschaft in Wien ein Brief des Österreich-Ungarns mit Serbien. Er schloß seine Ausführungen damit, daß er auf ein Gespräch mit seinem russischen Kollegen hinwies, aus dem er die Überzeugung gewann, daß Rußland nicht geneigt sei, in der bevorstehenden Auseinandersetzung Serbiens mit Österreich-Ungarn neutral zu stehen und ihm moralische Unterstützung zu leisten. Im Falle eines Ausbruchs würde Rußland nach der Ansicht des französischen Botschafters nicht aktiv sein, sondern anstreben, daß der Krieg lokalisiert bleibe.

Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Staatsamtes unterstreicht die Schuldlosigkeit der deutschen Regierung. Das ist in dem vorstehenden Aufsatze klar ausgedrückt. Trotzdem darf er infolge der Bedeutung der österreichischen revolutionären Staatsmänner nicht als völlig objektiv angesehen werden, wenn auch vieles von dem, was er anbeißt, stimmen mag. Dennoch ist, daß die deutsche Regierung nicht immer mit dem richtigen Material hinter dem Bunde steht, so der Verfasser Staatsmänner bereits seine Wirkungen sichtbar macht. Die Veröffentlichung sollte ebenfalls unterstreichen, um unsere Stellung den verurteilenden Mittern gegenüber nicht noch mehr zu verschlechtern!

Die Wiener Kohlenkatastrophe

Wien, 20. September.
In einer Rede bei der Friedenskongress stellt Staatsminister Kemner die Möglichkeit des Ausbrechens einer vollständigen Anarchie in Aussicht, wenn die Kohlennot nicht behoben wird. Die Kohlenbeschaffung, die die elektrische Kraft mit jeder Möglichkeit unterbrochen werden könnte, daß die Wagen der Straßenbahn auf offener Straße liegen bleiben müßten, und ruhigen der Verkehr schon heute auf das allergeringste. Dazu kommt der Mangel der Wärme. Es geht in Strömen, und ein Strom kommt durch die Schicht der Häuser in der Stadt nicht hergeleitet über die Situation aus. Das ganze Wirtschaftssystem sei mit Vernichtung bedroht. Staatsminister Berbi betont die Bedeutung, diese schweren Maßnahmen nicht als Demonstration anzusehen, die Erfüllung der Kohlenbeschaffung sei die Aufgabe der Regierung, sondern auch Handel und Gewerbe müßten aus dem elektrischen Strom ausgeschlossen werden. Dadurch würde sich die Arbeitslosigkeit in Wien erheblich vermehren. Genauer über die Einkommenslagen läßt sich noch nicht sagen. Bezüglich des Straßenverkehrs heißt Wien viel ungenügender als das Berlin. Hier gibt es fast keine Pferdebesitzer mehr und die Automobile befinden sich in den Händen der Entenverwalter. Die einzelnen Betriebe müßten bezahlte Verluste, Ausnahmen für sich zu erwirken. Viele Firmen haben sich auf Abschließung eingestellt, müssen aber auch viele unterliegen, damit nicht ein Betrieb vor dem andern benachteiligt erscheint. Alle Vermögenslose schließen um 8 Uhr abends. Nach die Einkommenslage sei zu fragen. Die heute veröffentlichten Verfügungen über den Verkehr betreffen den Verkehr und die Kohlenbeschaffung. Die Kohlenbeschaffung ist nur einmal zu machen haben.

Der Schiedspruch in der Braunfweiger Automobilindustrie

Braunfweiger, 20. September.
Der für die ganze deutsche Industrie und Arbeiterklasse bedeutungsvolle Streitfall zwischen der Automobilfabrik Büssing und ihrer durch die Stilllegung der Bussard arbeitlich gewordenen Arbeiter ist jetzt durch das Eintreten der Reichsregierung in ein neues Stadium getreten. Das Reichsarbeitsministerium erachtet sich auf Grund des § 22 Absatz 2 der Arbeitsverordnungs über Tarifverträge vom 25. September 1918 für verpflichtet, das Schiedsgericht einzusetzen, da es sich um einen wichtigen Fall im Sinne des Reichsarbeitsgesetzes handelt.

Nach dem von der Reichsregierung gestellten Schiedspruch war die Firma Büssing zur Kündigung der ganzen Belegschaft berechtigt. Der Schiedspruch bezeichnet eine getrennte Form der Stilllegung als nicht als wirtschaftlich berechtigt, sondern als nicht unzulässig. Über die getrennte Form des Stilllegens sind in Anbetracht an die bisher im Betrieb bestehenden Formen unzulässig anzusehen der Firma und dem Arbeiterausschuß Verhandlungen auf der Grundlage des bestehenden Tarifabkommens aufzunehmen. Die Firma muß alle Arbeiter nach den Erfordernissen des Betriebes wieder einstellen. Verhandlungen dürfen in keinem Falle stattfinden. Falls über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit eine Übereinstimmung zwischen Firma und Arbeitern nicht erzielt hat, der Beobachtungskommission den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Arbeit zu bestimmen.

Umbildung der bayerischen Regierung

München, 21. September.
Wenn nicht alles trügt, steht die bayerische Regierung in absehbarer Zeit vor einer Umbildung. Die sozialdemokratische Partei ist in Ermüdungen eingetreten darüber, ob sie weiterhin mit ihrem Namen die Politik betreiben soll, die im wesentlichen von den bürgerlichen Parteien bestimmt werde. Die bayerische Sozialdemokratie geht dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß sie im Ministerium nicht mehr über die Mehrheit verfügt, seitdem das Ministerium aufgehoben ist. Die Partei geht durch den Ministerpräsidenten Hoffmann der Sozialdemokratie die Firma für eine Regierung an, in der sie nicht mehr entscheidend ist.

Der Haushaltsauschuss der preussischen Landesversammlung

Berlin in der Sonnenabend-Sitzung zunächst die Zuschläge im Güter- und Zierbereich auf den preussischen Gütern beizubehalten. Die Vorlage wurde ohne wesentliche Debatte einstimmig genehmigt. Angenommen wurde der Etat des Staatsbaues, ebenso der des Geheimen Zivilkabinetts, das zwar schon aufgehoben ist, aber im Etat noch wegen der Ausgaben für die Beamten verbleibt. Die Vorlage über die Beschäftigungszulagen für die Staatsbeamten und Arbeiter konnte nicht beraten werden, da die Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und der Reichsregierung noch nicht abgeschlossen sind. Am Montag finden die Besprechungen der Regierung statt. Die Zulagen der Staatsbeamten und Arbeiter werden erst danach auf dem Wege des Staatsbaues genehmigt werden.

Bei der Beratung des Haushalts der preussischen Regierung machten die Mittelparteien durch die Herren A. Reiss und Radford lebhaftest Kritik gegen die Staatsbaubehörden. Sie kritisierten die hohen Zahl der neuangelegten Hilfsarbeiter in den Ministerien, die Anstellung und Tätigkeit der Staatskommissare, und brachten Anträge ein, in denen sie bestimmte Befreiungen für die politischen Beamten forderten. Außerdem verlangten sie Nachweisung über die durch beauftragte Hilfskommissare und Unterhelfer verursachten hohen Kosten. Ferner kritisierten sie die noch ausstehende Tätigkeit des Zentralrats. Die Vertreter der Regierung wiesen nach, wie ungenügend die Staatsgehälter angeordnet seien. Die Anzahl der eingehenden Schriftstücke betrage dreimal so viel wie früher, die Zahl der verfaßten Antworten ist ungenügender gestiegen. Minister und Unterstaatssekretäre haben keinen Anspruch auf Pension und müssen im Gehalt vom Tage des Austritts zurückbleiben.

Ein neues Staatssekretariat bedarf die Umstrukturierungen von links und rechts und ist besonders entgegen den Erwartungen des antiliberalen Reichstages zu erwarten. Zur Behebung der Gefährlichkeit der parlamentarischen Propaganda gab Ministerpräsident Kirch-Schmitt von einem Zirkular, welches einem nach der Reichsversammlung reichenden kommunikativen Führer bei seiner Beurlaubung durch die kaiserlichen Behörden abgenommen wurde. Es hat darin Anweisung zur Gründung schweizer politischer Organisationsgruppen gegeben. Als Zweck wird bezeichnet die Reglementierung aller politischen Macht-faktoren, die ein Hindernis der kommunikativen Bewegung seien. Dadurch sei es möglich, die Reiche der Bewegung zu überwinden, bei einem Ausbruch dieser zu machen und abzurufen. Den Auftrag zur Beilegung einer solchen Person erhält die Organisation am Wohnort des Betroffenen. Ein eigenmächtiges Handeln ist den Gruppen nicht gestattet, es sei denn, daß ein Vertreter sofort zu befragen sei. Jeder Gruppe die Zeit auszuführen hat, entfällt das Recht der Beilegung verpflichtet, das Urteil innerhalb 24 Stunden auszuführen, wenn er nicht das bestmögliche Ergebnis erleben will.

A. Barhoff verlangte, daß Adolf Hoffmann auf die Höhe des mitterweillich eroberten Gehalts von 6000 Mark verhaftet werden solle; er verlangte weiter Auskunftsrecht über den Stand der Verhandlungen betreffend das Kronenvermögen, das über die Verhandlungen der Landesversammlung.

Ministerpräsident Kirch erklärte, daß über das Kronenvermögen ein Entwurf der Kommission vorliege, der das Staatsministerium aber noch nicht beschließen habe. Seiner persönlichen Ansicht nach seien die Regierung dieser Frage auch politische Gesichtspunkte mitzuberücksichtigen. Die Landesversammlung habe noch der vorläufigen Vertiefung die endgültige Vertiefung zu beschließen und außerdem Gehälter zu verabschieden, die keine Aussicht dulden. Auf die Frage nach Adolf Hoffmann habe das Staatsministerium geantwortet. Die Debatte wird am nächsten Mittwoch fortgesetzt.

